

## Beschlussantrag

**der Gemeinderatsabgeordneten Beate Meinel-Reisinger, Christoph Wiederkehr, Bettina Emmerling und weiterer Abgeordneter**

**betreffend Einführung einer Subventionsbremse**

**eingbracht im Zuge der Debatte über Post Nr. 11 in der 31. Sitzung des Wiener Gemeinderates am 15.12.2017**

Die Stadt Wien schüttet jährlich Subventionen in erheblichem Ausmaß aus. Allein der 2016 erstmals veröffentlichte Subventionsbericht der Stadt Wien weist Förderungen in Höhe von 265 Millionen Euro aus. Hierbei handelt es sich jedoch nur um jene Förderungen, die im Berichtsjahr durch einen Ausschuss beschlossen wurden. Förderungen, die auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen (z.B. Wohnbauförderung) oder mehrjährige Förderungen sind darin genauso wenig erfasst, wie Förderungen durch ausgegliederte Einrichtungen (bspw. der Wirtschaftsagentur Wien). Die Gesamtsumme der durch Stadt und Land Wien gewährten Förderungen ist also unbekannt, dürfte jedoch um ein Vielfaches über dem Betrag liegen, der im Subventionsbericht der Stadt Wien ausgewiesen ist.

Der "Plan A" des SPÖ-Bundesvorsitzenden Christian Kern nimmt sich unter anderem auch der Vereinfachung von Strukturen sowie der Beseitigung von Doppelgleisigkeiten an. Im Bereich der öffentlichen Förderungen - immerhin vergibt der Bund laut Parlamentsdirektion jährlich Förderungen iHv 19 Mrd. Euro, die Länder nochmals etwa 7 Mrd. Euro - strebt die (Bundes-)SPÖ die Einführung einer Subventionsbremse an: Neue Förderprogramme dürfen nur dann beschlossen werden, wenn im Gegenzug ein altes Förderregime im selben Volumen ausläuft. Dieser sehr begrüßenswerte Schritt würde die öffentliche Hand dazu zwingen, den zielgerichteten Einsatz von Subventionen genau zu überdenken. Die Gemeinde Wien hat die Möglichkeit, diese im "Plan A" versprochene Reform bereits heute in ihrem eigenen Wirkungsbereich in die Tat umzusetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs.4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

### ANTRAG

Der Wiener Gemeinderat fordert die Stadtregierung dazu auf, sich für den Entwurf für ein Wiener Subventionsgesetz einzusetzen, das insbesondere eine Subventionsbremse im Bereich der Förderungen des Landes und der Gemeinde Wien vorsehen soll. Demnach darf ein neues Förderprogramm nur dann genehmigt werden, wenn im Gegenzug ein anderes Förderprogramm in vergleichbarem Ausmaß ausläuft (One-In-One-Out).

*In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.*

Wien, 12.12.2017

